

## Gegen einen Eroberungs- und Wirtschaftskrieg.

St. Bern, 1. Jänner. Auf der am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete bewohnten, die 3 1/2 Millionen Arbeiter vertraten, wurde zunächst das vom Reuterschen Bureau mitgeteilte Schreiben des Premierministers verlesen.

Darnach verlas Henderson eine lange Ansprache, in der er der sozialistischen Kundgebung vom 14. Februar gedachte, die es ablehnt zuzulassen, daß dieser Verteidigungskrieg zu einem Eroberungskrieg werde, und dann auf die in der zu erörternden Kriegszielkundgebung niedergelegte Friedenspolitik der britischen Arbeiterschaft im einzelnen einging. Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands angesehen werden. Keine Verständigung könne befriedigend sein, die nicht der Welt eine vollständige Diskreditierung des angriffslustigen Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit setze. Geheime Diplomatie, Militärdienstpflicht und Profitmacherei aus der Herstellung von Instrumenten der Zerstörung sollten in der Gesellschaft freier Nationen unmöglich sein. Die unumgängliche Vorbedingung des Planes einer Völkerliga sei die Ablehnung jeder Form eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege. Man sei berechtigt zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, tue, um die Feindseligkeiten abzukürzen.

Redner wies sodann auf die Behauptung Carsons in seiner Rede in Portsmouth hin, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei bereit seien, Frieden zu schließen, und fragte, warum die Regierung nicht in Verhandlungen mit ihnen, besonders mit der Türkei, getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Rußland; statt dessen habe sie die Einnahme Jerusalems betrieben. Obwohl nach der Erklärung Carsons die Türkei Frieden zu schließen wünsche, behne England seine Fronten in diesem Lande aus. Es könne nicht wundernehmen, daß man England in neutralen Ländern, in Rußland und selbst in Amerika imperialistischer und annexionsistischer Ziele verdächtige. Wenn die Arbeiter weitere Opfer bringen sollten, müßten sie bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrenhaften und gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterschaft bestehe darauf, daß Deutschland anerkenne, daß es ein unbedingtes Mindestmaß gebe, das es annehmen müsse. Andererseits dürften die Alliierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundzüge und Ideale, nicht um Eroberungen fortbauere. Die Arbeiterschaft verlange Gelegenheit festzustellen, inwieweit Deutschland bereit sei, ihr Friedensprogramm anzunehmen.